



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 19.11.2020**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:03 Uhr bis 18:28 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Herrn Aldag
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Frau Dr. Burkert
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Steffen Krutz	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Sarah Lange	Protokollführerin

### **Gäste**

Jörg Schulze	Geschäftsführer HWS
--------------	---------------------

## **Entschuldigt fehlten:**

Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Jürgen Seilkopf	Sachkundiger Einwohner

## zu Einwohnerfragestunde

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Raue** wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

### **TOP 5.1**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten

Vorlage: VII/2020/01825

- ➔ **Hierzu liegt ein ÄA der CDU-Fraktion vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 5.1.1**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2020
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.10.2020
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019  
Vorlage: VII/2020/01730
- 4.2. Sicherstellung des Schutzzweckes im Naturschutzgebiet Rabeninsel in Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01597

- 4.3. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01792
- 4.4. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal - Grundstücksentwässerungssatzung  
Vorlage: VII/2020/01776
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten  
Vorlage: VII/2020/01825
- 5.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten  
Vorlage: VII/2020/01996
- 5.2. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes an Straßenbahnhaltestellen durch eine Erhöhung des Verglasungsanteils der Geländer  
Vorlage: VII/2020/01781
- 5.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung sanitärer Anlagen an ÖPNV-Haltestellen  
Vorlage: VII/2020/01780
- 5.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum besseren Schutz von Bestandsbäumen bei Planungen zur Freiflächengestaltung  
Vorlage: VII/2020/01438
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2020**

---

**Frau Thomann** wies auf einen Flüchtigkeitsfehler in der Anwesenheitsliste hin. Herr Feigl war Vertreter für Herrn Aldag.

**Frau Lange** sicherte eine Korrektur zu.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 17. September, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**                      **bestätigt**

**zu 3.2      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.10.2020**

---

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 22. Oktober 2020, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**                      **bestätigt**

**zu 4      Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1      Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019  
Vorlage: VII/2020/01730**

---

**Frau Thomann** sagte, dass durch die Dürreschäden erhebliche Schäden an Bäumen entstanden sind, sodass mehr Maßnahmen zur Beseitigung dieser Dürreschäden im kommenden Jahr 2021 durchgeführt werden müssen. Ihre Fraktion wird einen Änderungsantrag im Finanzausschuss zur Erhöhung der Mittel einreichen.

**Frau Ruhl-Herpertz** teilte mit, dass der Änderungsantrag bereits vorliegt. Die Verwaltung empfiehlt eine Ablehnung, da die im Deckungsvorschlag angedachten Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

**Frau Jacobi** fragte, ob Mittel aus den Mehreinnahmen des Bereichs Sicherheit und Ordnung dafür genutzt werden können.

**Herr Paulsen** gab zu bedenken, dass der Stadtrat eine Priorisierung vornehmen muss. Die Stadtverwaltung hat einen entsprechenden Vorschlag zur Verwendung von Mehreinnahmen für einen ausgeglichenen Haushaltsplan eingebracht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.1      Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019  
Vorlage: VII/2020/01730**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:**                      **einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:**                      **einstimmig zugestimmt**

### **Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2021 mit dem Haushaltsplan 2021.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2019 zur Kenntnis.

#### **zu 4.2      Sicherstellung des Schutzzweckes im Naturschutzgebiet Rabeninsel in Halle (Saale) Vorlage: VII/2020/01597**

---

**Herr Paulsen** führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein.

**Herr Hirtz** ergänzte anhand einer Präsentation die Ausführungen und warb um ein Votum des Ausschusses.

**Frau Ruhl-Herpertz** sagte, dass das Thema sowohl im Naturschutz- als auch im Waldbeirat behandelt wurde. Beide Beiräte gaben ein positives Votum zur zeitnahen Umsetzung dieser Maßnahme ab.

**Herr Dr. Lochmann** befürwortete Vorabinformationen über Naturschutzmaßnahmen der Stadtverwaltung. Dennoch sieht seine Fraktion eine Zuständigkeit im Sinne einer Abstimmung nicht.

**Herr Paulsen** sagte, dass der Oberbürgermeister um ein Votum des Fachausschusses bittet, da das Thema „Bäume“ eine besondere Öffentlichkeitswirksamkeit in der Vergangenheit hatte.

**Herr Raue** sagte, dass diese Ausgleichsmaßnahme nicht zielführend ist, da an diesem Standort bereits Wald vorhanden ist. Es sollten Grün geschaffen werden, wo keins vorhanden ist. Daher wird er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. Des Weiteren fragte er, ob die Erlangung einer A+-Bewertung erforderlich ist.

**Herr Paulsen** betonte, dass es sich um einen kulturgeprägten Lebensraum handelt. Wenn die prägende wirtschaftliche Nutzung eingestellt wird und nicht unterstützend eingegriffen werden würde, würde der Lebensraum mit seiner großen Biodiversität verloren gehen. Gleiches gelte zum Beispiel auch für Halbtrockenrasen, die nur durch eine Beweidung vor der Umwandlung in Gebüsch bzw. Wald bewahrt werden können.

**Herr Hirtz** ergänzte, dass Eichen gesetzt werden sollen, um den Eichenlebensraumtyp wieder zu etablieren. Bei den Pappeln handelt es sich größtenteils nur noch um totes Holz, sodass eine CO<sub>2</sub>-Bindung kaum noch stattfindet. Ziel ist es, den prioritären Lebensraum zu stärken, mit mindestens einer B-Bewertung (10 Prozent Eichenanteil). Dieser kann nicht auf natürlichem Wege entstehen.

Weiterhin gab er zu bedenken, dass sich Deutschland als Mitglied der EU verpflichtet hat, das Netz „Natura 2000“ zu schaffen und in einen günstigen Erhaltungszustand zu bewahren.

**Frau Ruhl-Herpertz** sagte, dass nur begrenzte Flächen zur Mengenmehrung von Stadtgrün zur Verfügung stehen. Eine rein quantitative Betrachtung ist vor oben genannten Hintergründen nicht zielführend.

**Herr Krause** fragte, von welchem Kostenvolumen planerisch ausgegangen wird und wie der erhöhte Wildverbiss gesichert wird. Weiterhin nahm er Bezug auf die Dölauer Heide und den dort sinkenden Grundwasserspiegel. Er fragte, ob diese Risiken auch für die angedachte Maßnahme gelten.

**Herr Hirtz** antwortete, dass die HAVAG für die Maßnahme 150.000 Euro inklusive ökologischer Begleitung eingeplant hat. Die Flächen sollen mit einem Wildschutzzaun eingezäunt werden, bis die Eichen eine entsprechende Größe erreicht haben. Auch die Befürchtungen eines sinkenden Grundwasserspiegels kann für die Rabeninsel nicht bestätigt werden.

**Frau Wolf** sagte, dass die Maßnahme naturschutzfachlich begrüßenswert ist. Sie betonte, dass es sich um eine Ersatz- und nicht um eine Ausgleichsmaßnahme handelt. Sie fragte, ob solche Pflegemaßnahmen künftig über solche Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden sollen.

**Herr Hirtz** antwortete, dass diese Maßnahme nicht über das städtische Budget finanziert werden könnte. Andere Kompensationsmaßnahmen könnten auch in anderen Naturschutzgebieten gelenkt werden.

**Herr Raue** sagte, dass Grünflächen in der Stadt und den Straßenzügen geschaffen werden sollten.

**Herr Paulsen** wies darauf hin, dass hier schützenswerte Lebensräume erhalten werden sollen und müssen.

**Frau Jacobi** befürwortete die Maßnahme und die Zusammenarbeit mit der Universität Halle-Wittenberg. Sie bekräftigte die Aussage von Herrn Paulsen.

**Frau Thomann** betonte, dass es um Naturschutz geht. Sie erinnerte an eine ähnliche Situation im Trothaer Wäldchen. Die Stadtverwaltung setzt ein deutliches Zeichen dafür, dass solche Vorhaben vorab kommuniziert werden müssen. Ihre Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen, mit dem Hinweis, dass künftige Vorhaben ohne Votum des Rates durchgeführt werden.

**Herr Raue** fragte, was eine Stieleiche von circa 3 Meter kostet.

**Herr Hirtz** antwortete, dass eine Eiche circa 10 Euro kostet. Weitere Kosten kommen durch den Wildschutzzaun und der Pflegemaßnahmen zustande.

**Herr Raue** äußerte seinen Unmut über die geplante Maßnahme. Wenn der Lebensraum erhalten werden soll, kann dies seiner Meinung nach kostengünstiger erfolgen.

**Herr Paulsen** sagte, das Pflanzungen von Straßenbäumen in Wäldern nicht üblich ist.

**Herr Mämecke** sagte, dass alle Argumente ausgetauscht sind und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmung der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis GO-Antrag:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.2      Sicherstellung des Schutzzweckes im Naturschutzgebiet Rabeninsel in Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01597**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:**

**mehrheitlich zugestimmt nach Änderungen**

**Beschlussempfehlung:**

Zur Sicherstellung des Schutzzweckes des Naturschutzgebietes Rabeninsel ist eine Waldaufwertung auf der Rabeninsel als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme im Zusammenhang mit dem Komplexvorhaben Ausbau des Gimritzer Damms und der Heideallee notwendig.

**zu 4.3      Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01792**

---

*In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Schulze (HWS) das Rede-recht erteilt.*

**Herr Schulze** führte anhand einer Präsentation in die Vorlage der Verwaltung ein.

**Frau Ruhl-Herpertz** ergänzte die Ausführungen anhand einer Präsentation.

**Frau Jacobi** bezog sich auf die Minderung der Selbstkosten und fragte, ob es künftig vorstellbar ist, zusätzliche Energie durch Grünschnittkraftwerke zu erzeugen.

**Herr Schulze** antwortete, dass ein solches Projekt unwirtschaftlich ist. Derzeit gibt es Überlegungen Grünschnitte selbst zu behandeln, um Verwertungskosten zu reduzieren.

**Herr Raue** fragte, wie aktuell mit Grünschnitt umgegangen wird.

**Herr Schulze** antwortete, dass Grünschnitt eingesammelt, geschreddert und durch eine Firma zu Grünschnittkompost verarbeitet wird. Weiterhin informierte er, dass ab 2023 kein Klärschlamm an die landwirtschaftliche Verwertung abgeben wird.

**Herr Raue** fragte, woraus sich die Mengenmehrung des Mülls ergibt.

**Herr Schulze** antwortete, dass die Bevölkerungsanzahl leicht gestiegen ist. Zudem wird ein Mehraufkommen von Grünschnitt und vor allem Sperrmüll verzeichnet.

**Herr Krutz** fragte, ob die Mülltrennung aufgrund der Verwertbarkeit der Stoffe noch sinnvoll ist.

**Herr Schulze** bejahte dies. Er führte das Beispiel der Papiertonne an, dessen Inhalt fast vollständig recycelt wird.



Herr Dr. Lochmann fragte, ob Papiertonnen zukünftig nicht mehr kostenfrei sind.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass Papiertonnen weiterhin kostenfrei sind.

Herr Krause sagte, dass es ein grundlegendes Ziel ist, weniger Abfall zu erzeugen. Er fragte, ob die Bevölkerung aufgeklärt wird, wie sie aktiv Müll vermeiden können.

Herr Schulze antwortete, dass bereits Aufklärung in Schulen betrieben wird. Weiterhin werden zahlreiche Kommunikationskanäle, wie beispielsweise über den aktuell rausgebrachten Umweltkalender 2021 genutzt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Herr Raue bat um Abstimmung

**zu 4.3 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01792**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige  
Einwohnerinnen und Einwohner:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen  
und Stadträte:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale).

**zu 4.4 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal- Grundstücksentwässerungssatzung  
Vorlage: VII/2020/01776**

---

Frau Ruhl-Herpertz führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Herr Raue bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.4 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal- Grundstücksentwässerungssatzung  
Vorlage: VII/2020/01776**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige  
Einwohnerinnen und Einwohner:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen  
und Stadträte:** einstimmig zugestimmt

### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal – Grundstücksentwässerungssatzung.

#### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten**  
**Vorlage: VII/2020/01825**

---

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten**  
**Vorlage: VII/2020/01996**

---

**Frau Thomann** brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Mämecke** brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Raue** sagte, dass solche Vorhaben privaten Investoren überlassen sein sollte, da langfristig hohe Unterhaltungskosten entstehen. Er kann sich nicht vorstellen, dass Fassadenbegrünung einen großen ökologischen Einfluss hat.

**Herr Dr. Lochmann** merkte an, dass es hier um die Verbesserung des Stadtklimas geht.

**Herr Paulsen** wies darauf hin, dass die Verwaltung Fassadenbegrünung befürwortet. Eine Gesamtkonzeption wird derzeit erarbeitet und daher empfiehlt die Stadtverwaltung eine Ablehnung des ersten Beschlusspunktes.

**Frau Thomann** regte im Sinne des Klimaschutzes an, die vertikalen Flächen für eine Begrünung miteinzubeziehen. Die positiven Auswirkungen von Fassadenbegrünung auf das Stadtklima sind hinreichend bewiesen. Ihrer Meinung nach wirkt die derzeitige Förderrichtlinie nicht, da es für die Bürgerinnen und Bürger problematisch ist, die entsprechenden Fassadenhalterungen zu organisieren. Es bedarf Hilfestellung durch die Stadtverwaltung. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

**Herr Mämecke** fragte, wann die Konzeption fertiggestellt sein wird und ob die Fraktionen bei der Erarbeitung miteingebunden werden können.

**Herr Paulsen** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Krause** nahm Bezug zum Änderungsantrag und fragte, ob es möglich ist, die vertikale und die horizontale Begrünung gesamtheitlich zu betrachten.

**Herr Zwick** antwortete, dass es eine Reihe von Bebauungsplänen gibt, die eine horizontale und/oder vertikale Begrünung festsetzt. Die Kommune bietet eine Förderrichtlinie, die außerhalb dieser Festsetzungen wirkt und Fassadenbegrünung finanziell unterstützt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags und des dazugehörigen Änderungsantrags.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten**  
Vorlage: VII/2020/01996

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:**

mit Patt abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~künftig jährlich mindestens zwei~~ neue Fassadenbegrünungsprojekte an geeigneten städtischen Bauwerken zu realisieren. ~~2020 wird mindestens noch ein Vorhaben umgesetzt. Zu prüfen ist, ob beispielsweise die angrenzende Fassade im nördlichen Bereich des Schulhofes des Lyonel-Feininger-Gymnasiums dafür geeignet ist.~~  
**Die Verwaltung berichtet jährlich über den aktuellen Stand der Projekte.**

2. Die städtischen Wohnungsunternehmen GWG und HWG werden gebeten, ebenfalls verstärkt Fassadenbegrünungsprojekte zu initiieren.

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten**  
Vorlage: VII/2020/01825

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig jährlich mindestens zwei neue Fassadenbegrünungsprojekte an geeigneten städtischen Bauwerken zu realisieren. 2020 wird mindestens noch ein Vorhaben umgesetzt. Zu prüfen ist, ob beispielsweise die angrenzende Fassade im nördlichen Bereich des Schulhofes des Lyonel-Feininger-Gymnasiums dafür geeignet ist.
2. Die städtischen Wohnungsunternehmen GWG und HWG werden gebeten, ebenfalls verstärkt Fassadenbegrünungsprojekte zu initiieren.

**zu 5.2 Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes an Straßenbahnhaltestellen durch eine Erhöhung des Verglasungsanteils der Geländer**  
Vorlage: VII/2020/01781

---

**Herr Raue** brachte den geänderten Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung Antrags.

- zu 5.2 **Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes an Straßenbahnhaltestellen durch eine Erhöhung des Verglasungsanteils der Geländer**  
Vorlage: VII/2020/01781

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige  
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen  
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern es möglich ist, Geländer an Straßenbahnhaltestellen zwischen Boden und oberem Geländerholm (Handlauf) mit einer Verglasung zu versehen beziehungsweise diese auszuwechseln. Besonderes Augenmerk soll dabei auf schmale Haltestellen, Haltestellen mit geringem Abstand zur Fahrbahn und Haltestellen in unmittelbarer Nähe zu Ampelanlagen gelegt werden. **Insbesondere ist zu ermitteln und kostenmäßig bis zum 01. Februar 2021 darzustellen, an welchen Haltestellen sich durch die Erhöhung des Verglasungsanteils, die Sicherheit, der Gesundheitsschutz und der Spritzschutz für die Fahrgäste erhöhen ließe.**

- zu 5.3 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung sanitärer Anlagen an ÖPNV-Haltesstellen**  
Vorlage: VII/2020/01780

---

**Herr Raue** brachte den geänderten Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Jacobi** wies auf ein Projekt der DIE PARTEI in Bremen hin. Dort gab es eine Kampagne „müssen dürfen“, bei dem Gewerbetreibende alle Vorbeilaufende in dringenden Fällen eingeladen haben, ihre Notdurft bei ihnen verrichten zu dürfen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung Antrags.

- zu 5.3 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung sanitärer Anlagen an ÖPNV-Haltesstellen**  
Vorlage: VII/2020/01780

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige  
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen  
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, an allen Haltestellen der städtischen Straßenbahn- und Buslinien die Möglichkeit der Anbringung von Wegweisern, wie z.B. Aufklebern mit Beschreibungen und Ortsangabe zu den jeweils nächstgelegenen Sanitäreinrichtungen zu prüfen. **Wenn diese**

**im Umkreis von 500m zur Haltestelle liegt und im Januar 2021 dem Stadtrat Umsetzungsvorschläge und eine Kostenschätzung darzustellen.**

Die Verwaltung bringt im Anschluss eine entsprechende Beschlussvorlage zur Ausstattung der Haltestellen mit Wegweisern zu Sanitäranlagen bis spätestens Februar 2021 in den Stadtrat ein.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum besseren Schutz von Bestandsbäumen bei Planungen zur Freiflächengestaltung  
Vorlage: VII/2020/01438**

---

**Frau Jacobi** brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Thomann** sagte, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen wird, da es sich um sinnvolle Maßnahmen handeln.

**Herr Doege** fragte, wie oft Bäume in nennenswerten Beständen vorkommen, die sich nicht in der Baumschutzsatzung befinden.

**Frau Ruhl-Herpertz** sagte, dass dies von der Baumart abhängig ist und die Baumschutzkommission nur im Rahmen der derzeitigen Baumschutzsatzung aktiviert wird.

**Herr Doege** fragte, wann die überarbeitete Baumschutzsatzung fertiggestellt ist.

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass mit der Fertigstellung voraussichtlich im Sommer 2021 zu rechnen ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung Antrags.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum besseren Schutz von Bestandsbäumen bei Planungen zur Freiflächengestaltung  
Vorlage: VII/2020/01438**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige  
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen  
und Stadträte:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

1. Im Vorfeld der Erstellung einer Planung zur Freiflächengestaltung für ein Areal mit mindestens drei Bestandsbäumen, die in 100 cm Höhe über dem Erdboden einen Stammumfang von mindestens 50 cm aufweisen, erfolgt eine Baumschau durch die Baumschutzkommission.
2. Die o. g. Baumschau erfolgt unabhängig davon, ob die Bäume gemäß Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale) geschützt sind oder nicht.
3. Der Erhalt der von der Baumschutzkommission im Rahmen der Baumschau als erhaltenswert eingestuften Bäume wird in die städtische Aufgabenstellung zur Entwurfsplanung aufgenommen und diesbezüglich im Planungsausschuss informiert.
4. Den Vorlagen zu Variantenbeschlüssen in den Bereichen Hoch-, Tief-, Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, die dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden, wird zukünftig das zum Vorhaben gehörige Protokoll der

Baumschau als Anlage beigefügt. Für den Fall, dass auf den Variantenbeschluss verzichtet wird, ist die o. g. Anlage der Vorlage zum Baubeschluss beizufügen.

## **zu 6            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 7            Mitteilungen**

---

### **zu 7.1        Baumfällliste**

---

Die Baumfällliste wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 8            Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1        Frau Wolf zur Dölauer Heide**

---

**Frau Wolf** berichtet, dass derzeit ein Holzeinschlag in der Dölauer Heide stattfindet. In diesem Bereich befinden sich steinzeitliche Hügelgräber. Die Forstbetriebe fahren zum Teil mit schwerem Gerät über die ungeöffneten Gräber. Sie fragte, ob den Forstbetrieben diese Hügelgräber bekannt sind und ob es Vorgaben zum bodenschonenden Arbeiten gibt.

**Frau Ruhl-Herpertz** bedankte sich für den Hinweis. Sie sagte, dass es solche Vorgaben gibt und sicherte eine Prüfung des Vorfalls zu.

### **zu 8.2        Herr Krause zur Übersicht von Dürreschäden**

---

**Herr Krause** fragte nach der jährlichen Berichterstattung zu den Dürreschäden.

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass eine Mitteilung zeitnah erfolgt.

### **zu 8.3        Herr Breitengraser zu Toilettenkonzeption**

---

**Herr Breitengraser** sagte, dass dem Stadtrat im Dezember die Vorlage der Toilettenkonzeption zugesichert wurde. Er fragte, weshalb die Beschlussvorlage nicht auf der Tagesordnung der Ausschüsse steht.

**Herr Paulsen** antwortet, dass die Beschlussvorlage voraussichtlich in der Dezembersitzung des Stadtrats eingebracht wird.

#### zu 8.4 Herr Breitengraser zu E-Scooter

---

**Herr Breitengraser** fragte, ob die Testphase der E-Scooter abgeschlossen ist, wie viele Fahrzeuge der Firma TIER in der Stadt fahren, ob ein Vertrag mit der Firma TIER geschlossen wurde und ob es noch andere Anbieter für E-Scooter geben wird. Des Weiteren fragte er, ob die Roller in bestimmten Bereichen bezüglich der Geschwindigkeit gedrosselt werden.

**Herr Paulsen** verwies auf den kommenden Stadtrat. Dort wird die Beantwortung umfangreicher Fragen zu E-Scooter erfolgen. Weiterhin sagte er, dass es keiner Verträge bedarf, damit ein Anbieter E-Scooter in der Stadt Halle (Saale) anbieten kann.

**Herr Teschner** ergänzte, dass E-Roller, insbesondere in der Innenstadt, auf Schrittgeschwindigkeit gedrosselt werden.

#### zu 9 Anregungen

---

##### zu 9.1 Herr Breitengraser zum Ausschussvorsitz

---

**Herr Breitengraser** regte an, dass der Ausschussvorsitzende das Abstimmungsverhalten der Ausschussmitglieder nicht kommentieren sollte, da dieser eine Neutralitätsposition einnimmt.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

##### zu 9.2 Frau Jacobi zum Ausschussvorsitz

---

**Frau Jacobi** regte an, dass sich der Ausschussvorsitzende bei der Einbringung eigener Anträge durch den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden oder einem Fraktionsmitglied vertreten lässt.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Raue** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Alexander Raue  
Ausschussvorsitzender

---

Sarah Lange  
Protokollführerin